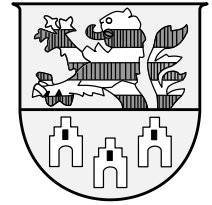


Hessischer Städte- und Gemeindebund e.V.

Verband der kreisangehörigen Städte und Gemeinden

Der Geschäftsführer



Hessischer Städte- und Gemeindebund · Postfach 1351 · 63153 Mühlheim/Main

Hessischer Landtag
Postfach 32 40
65022 Wiesbaden

Dezernat 1

Referent(in) Frau Wagner
Unser Zeichen wg/uk

Telefon 06108/6001-0
Telefax 06108/600157
E-Mail: hsgb@hsgb.de

Durchwahl 6001 - 44

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Datum 07.03.2018

Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Aufhebung des Erhebungszwangs von Straßenbeiträgen und für mehr kommunale Selbstverwaltung

- Drucksache 19/5839 -

sowie zu dem Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE für ein Gesetz zur Aufhebung von Straßenbeiträgen in den hessischen Kommunen

- Drucksache 19/5961 -

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Gelegenheit, zu den in Rede stehenden Gesetzentwürfen Stellung nehmen können, danken wir Ihnen.

I. Grundsätzliches

In Hessen wurde das Kommunalabgabengesetz erst 2013 grundlegend novelliert, unter anderem auch, um die Straßenbeitragsproblematik grundlegend zu bereinigen.

Henri-Dunant-Straße 13 • 63165 Mühlheim am Main
Bankverbindung: Sparkasse Langen-Seligenstadt • Konto-Nr. 80 500 31 (BLZ 506 521 24)
IBAN: DE66506521240008050031 • BIC: HELADEF1SLS
Steuernummer: 035 224 14038

Präsident: Harald Semler • Erster Vizepräsident: Dr. Thomas Stöhr • Vizepräsident: Karl-Heinz Schäfer
Geschäftsführer: Karl-Christian Schelzke • Stv. Geschäftsführer: Diedrich Backhaus



Dabei wurde vom Gesetzgeber eine Wahlmöglichkeit eröffnet, neben den einmaligen auch wiederkehrende Beiträge zu erheben und so den Gegebenheiten vor Ort Rechnung zu tragen. In diesem Zusammenhang wurde auch die damalige „Kann“-Regelung zur Erhebung von Straßenbeiträgen in eine „Soll-Regelung“ umgewandelt. Insoweit ist nicht ersichtlich, aus welchem Grunde diese seitens des Gesetzgebers jetzt wieder rückgängig gemacht werden soll.

In Anbetracht der gesetzgeberisch eröffneten Wahlmöglichkeiten zwischen einmaligen und wiederkehrenden Beiträgen sehen wir grundsätzlich keinen Regelungsbedarf.

Seit mehr als 20 Jahren sind in der Geschäftsstelle so gut wie keine Rechtsstreitigkeiten über die Gewährung von Erlassen oder Stundungen anhängig. Aus unserer Beratungspraxis heraus ergibt sich vielmehr, dass die Kommunen sehr großzügig hinsichtlich der Gewährung von Billigkeitsmaßnahmen in sozialen Härtefällen sind. Überdies ist hier kein einziger Fall bekannt geworden, in dem Grundstückseigentümer(innen) aufgrund der Erhebung von Straßenbeiträgen das eigen genutzte Grundstück zwangsveräußern mussten.

Die Grundannahme in der politischen Diskussion, es käme oftmals zu sozialen Härtefällen, führt nach hiesiger Auffassung keinesfalls dazu, dass das seit Jahrzehnten bestehende System der Beitragserhebung für die Vorteilsabgeltung der Straßenbaumaßnahmen zu ändern ist. Sofern es im Einzelfall zu Härtefällen kommen sollte, sehen, das Hessische Kommunalabgabengesetz selbst (§ 11 Abs. 12 KAG) sowie die Abgabenordnung ausreichende Instrumente (Erlass, Stundung) vor, um diesen zu begegnen.



Zu den einzelnen Gesetzentwürfen nehmen wir wie folgt Stellung:

II.

Gesetzesentwurf der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Aufhebung des Erhebungszwangs von Straßenbeiträgen und für mehr kommunale Selbstverwaltung - Drucksache 19/5839 -

Der Hessische Städte- und Gemeindebund lehnt den vorgelegten Gesetzesentwurf ab.

Zur Frage der in der Gesetzesbegründung des Entwurfs genannten Härtefälle verweisen wir auf unserer Ausführungen unter dem Punkt Grundsätzliches.

Mit der obengenannten Einführung der wiederkehrenden Straßenbeiträge wurde der kommunalen Selbstverwaltung insofern Rechnung getragen, als vor Ort eine weitere alternative Möglichkeit der Beitragserhebung eröffnet wurde.

Die Annahme in der Gesetzesbegründung, mit der Einführung eines weiten Ermessensspielraums über die Einführung oder Verzicht von Straßenbeiträgen vor Ort würde der kommunale Handlungsspielraum erweitert werden, geht nach hiesiger Auffassung fehl.

Tatsächlich steht nach Auffassung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes zu befürchten, dass mit einer solchen Regelung der Druck auf die Politik immer größer wird und letzten Endes immer mehr Kommunen keine Straßenbeitragssatzung – auch nicht über wiederkehrende Beiträge – aufrecht erhalten oder neu erlassen, mit der Folge, dass die Finanzierung dieser Maßnahmen auf die Allgemeinheit übertragen werden würde, da ausweislich des Gesetzentwurfes eine Kompensation vom Land nicht vorgesehen ist.

Mit einer faktischen Abschaffung der Straßenbeitragserhebung vor Ort würde eine erhebliche Finanzierungslücke eintreten, die zu Lasten anderer freiwilliger und Daseinsvorsorgeleistungen der Kommune geht.



Zudem ist mit einer Verschlechterung der Verkehrsinfrastruktur in vielen Gemeinden zu rechnen, da notwendige grundlegende Maßnahmen mit den vorhandenen Finanzierungsmitteln nicht mehr durchgeführt werden.

Um die drohende weitere kommunale Verschuldung zu Lasten von zukünftigen Generationen zu verhindern, fordert der Hessische Städte- und Gemeindebund daher die Ausweisung von zusätzlichen Landesmitteln im Hinblick auf die Auswirkung dieses Gesetzes vorzusehen.

In der Gesetzesbegründung wird nicht auf die möglichen Auswirkungen eines solchen Verzichtes auf eine Straßenbeitragssatzung im Hinblick auf die Vergabe von Fördermitteln eingegangen. Insoweit müsste dies ebenfalls entsprechend geregelt werden.

Es lässt sich feststellen, dass der Hessische Städte- und Gemeindebund es für kontraproduktiv hält, überhaupt eine Änderung bei der Finanzierung von straßenbeitragsfähigen Maßnahmen ins Auge zu fassen.

Auch die Regelung des Artikel 2 Nr. 2 des Gesetzentwurfes der FDP, die eine Abweichung von den Regelsätzen nach § 11 Abs. 4 ermöglichen soll, ist abzulehnen. Dadurch würden die gleichen Probleme wie zuvor beschrieben entstehen, da auch teilweise Ausfälle der Finanzierungsmittel zu den oben gestellten Auswirkungen führen würden.

III.

Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE für ein Gesetz zur Aufhebung von Straßenbeiträgen in den hessischen Kommunen – Drucksache 19/5961 –

Der Hessische Städte- und Gemeindebund lehnt den Gesetzentwurf ab.

Eine Streichung der Straßenbeiträge würde zwangsläufig dazu führen, dass die Kosten von beitragsfähigen Straßenbaumaßnahmen nicht mehr von den bevorteilten Grundstückseigentümern, sondern von der Allgemeinheit zu tragen wäre. Damit würde sich der Gesetzgeber im Bereich der öffentlichen Straßen vom Vorteilsprinzip verabschieden. Die kommunale Selbstverwaltung würde geschwächt.



Nach der Gesetzesbegründung soll das Land die Mittel zur Verfügung stellen, die den Kommunen aus dem Wegfall der Straßenbeitragssatzung entstehen. Dies ist aufgrund des Konnexitätsprinzips auch erforderlich. Das Land Hessen wird aufgefordert, ausbleibende Straßenausbaubeiträge durch entsprechende Finanzmittel zu kompensieren. Diese Kompensation ist mit den kommunalen Spitzenverbänden abzustimmen.

Wir weisen darauf hin, dass für den Fall, dass die vom Land vorgesehene Kompensation nicht die tatsächlich durch den Beitragsausfall entstehenden Mindereinnahmen ausgleicht, es auch in diesem Fall zu einer Finanzierungslücke führt. Diese Finanzierungslücke wiederum muss von den Kommunen dann zwangsläufig auf Kosten freiwilliger, insbesondere sozialer Leistungen durch entsprechende Kürzungen finanziert werden.

Es steht zu befürchten, dass durch diese gesetzgeberische Abweichungen von den Einnahmebeschaffungsgrundsätzen Folgewirkungen auf andere Einnahmebeschaffungsarten nicht auszuschließen sind. Hierdurch würde das jahrzehntelang funktionierende System der kommunalen Abgaben in Frage gestellt.

IV. Fazit

Zusammenfassend ist darauf hinzuweisen, dass der Hessische Städte- und Gemeindebund beide Gesetzentwürfe ablehnt. Es ist festzustellen, dass die Straßenbeitragserhebung in der Regel nicht zu sozialen Härtefällen führt. Ist dies in Ausnahmefällen doch der Fall, so werden diese im Rahmen der von den Gemeinden in der Regel großzügig angewendeten Billigkeitsmaßnahmen ausreichend abgefedert. Wir halten es angesichts der allgemeinen Finanzlage und der zu erwartenden Konjunkturschwankungen für kontraproduktiv, überhaupt eine Änderung bei der Finanzierung von straßenbeitragsfähigen Maßnahmen ins Auge zu fassen. In jedem Fall fordern wir allerdings, sollten die entsprechenden Gesetze dennoch beschlossen werden, dass das Land Hessen die potenziellen Einnahmeausfälle in beiden Varianten durch entsprechende Finanzmittel kompensiert.



Die Interessen der Altanlieger werden in beiden Gesetzentwürfen überhaupt nicht behandelt. Die Entwürfe der Fraktionen beschäftigen sich weder mit Überleitungsregelungen noch mit den durch die doppelte Belastung der Altanlieger entstehenden Härtefällen. So ist zum Beispiel bei bereits begonnenen straßenbeitragsfähigen Maßnahmen die Frage der Behandlung von Vorausleistungen und der Erstattung entsprechender Beträge nicht behandelt worden.

Mit freundlichen Grüßen

Karl-Christian Schelzke
Geschäftsführender Direktor